



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@lra-
ed.de

Erding, 10.07.2007
Az.:

27. Sitzung des Strukturausschusses am 09.07.2007

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Becker, Manfred

i.V.v. Kreisrat Schwimmer Jakob

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Knur, Herbert

Lackner, Helmut

Steinberger, Friedrich

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Ways, Rudolf

Wiesmaier, Hans

i.V.v. Kreisrat Fischer Siegfried

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Fischer, Heinz

Thomas, Wolfgang

Gutt, Georg (TOP 2)

Mayer, Elfriede (Protokoll)

Centner, Christina

Weiter nehmen teil:
Herr Mersdorf vom MVV (TOP 2)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Metropolregion München
Vorlage: 2007/0210
2. Regionalbusverkehr
Fahrplanwünsche zum Fahrplanwechsel im Dezember 2007
Vorlage: 2007/0211
3. Bekanntgaben und Anfragen
- 3.1 Nachbarschaftsbeirat – Umlandfond

Öffentliche Sitzung des Strukturausschusses am 09.07.2007



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

1. **Metropolregion München** **Vorlage: 2007/0210**

Der Vorsitzende erklärt, am 24.11.2006 haben sich die Oberbürgermeister von München, Augsburg, Ingolstadt und Landshut, und die Oberbürgermeisterin von Rosenheim, die Landräte von München, Augsburg, Landshut und Landsberg, sowie Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden und Kammern, des Bayer. Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und der Regierung von Oberbayern getroffen, um diese zukünftigen Herausforderungen für die Metropolregion München mit geeigneten Maßnahmen erfolgreich bewältigen zu können.

In einer zweiten Phase sei nun in der Überlegung, auch die umliegenden Landkreise mit einzubeziehen. Dabei wäre auch der Landkreis Erding mit im Gespräch. Dazu solle eine Agentur beauftragt werden. Die Landkreise könnten sich mit 10 Cent je Einwohner beteiligen und die Agentur würde dann die Vermarktung mit übernehmen. Es heißt, das Ganze solle sehr schlank aufgebaut werden.

Er habe in Erfahrung bringen können, dass dabei die Vermarktung geplant sei, zudem könnten verschiedene Projekte vorangetrieben werden. Für ihn sei aber nicht klar, warum dafür Geld notwendig sein soll. Für einen „S-Bahn-Ring-Schluss“ muss seiner Meinung nach kein Geld für eine Agentur zur Verfügung gestellt werden. Diese Forderung besteht schon.

Er denkt, es geht dabei um zwei verschiedene Dinge. Zum einen wird eine Agentur beauftragt, Vermarktungsstrategien zu entwickeln. Zum anderen solle diese Metropolregion München, die in der Europäischen Raumordnung genannt wird (es gibt noch 10 weitere Metropolregionen in Deutschland) gestärkt werden.

In der Zwischenzeit haben sich einige Landkreise, z.B. Mühldorf, Rottal-Inn, Landsberg a. Lech, usw. dazu bekannt. Es geht dabei nicht, nur einen Art Beobachtungsstatus einzurichten.

Es stellt sich nun die Frage, ob der Landkreis dafür Geld zur Verfügung stellen soll oder nicht.

Er schlägt vor, das Ganze bei der nächsten Bürgermeister-Dienstbesprechung zu thematisieren. Er sei noch nicht darüber informiert worden, ob auch Gemeinden und kreisangehörige Städte Mitglied werden können.

Kreisrat Gotz merkt an, die Vertretungsfrage sei vom Oberbürgermeister in einer Verbandsversammlung im Regionalen Planungsverband vorgestellt und sehr dürftig dargestellt worden. Dies sei aber verständlich, weil die Gremien immer größer werden. Andererseits stellt sich die Frage, welche Rolle die Gemeinden, Städte und Landkreise dabei spielen sollen. Er meint, dass der Landkreis Erding sehr wohl darauf achten müsse, dass er bei einer Metropolregion nicht nur verkehrsmäßig entwickelt werden soll, und dabei noch weniger Einfluss nehmen kann.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Darum sieht er es mit Sorge, wenn von Vertretern der Landeshauptstadt München bei einigen Gremiumssitzungen sehr bedenkliche Aussagen, gemacht worden sind, nach dem Motto, in Landberg a. Lech gibt es die Erholung, der Bereich München sei für Business und Gewerbeentwicklung und der Bereich Erding sei das Verkehrsdrehkreuz.

Dagegen habe er sich bisher ausgesprochen. Er möchte schon deutlich darauf hinweisen, dass sich der Landkreis Erding nicht aus der Region herausubtrahieren könne, aber letztendlich sollten sich die Ausschussmitglieder gründlich damit auseinandersetzen. Er habe keine Lust, nochmals mit Nachteilen gesegnet zu werden. Er möchte zu einem kritischen Augenmerk aufrufen und wünscht, dass das Ganze weiterhin so begleitet werde. Er zeigt sich skeptisch, weil mittlerweile es schon so viele Töpfe gibt, wo einwohnerbezogen Geld eingezahlt wird. Wenn diese aufgelistet würden, würde ein stattlicher Betrag zusammenkommen.

Sehr verlassen sei er sich auch beim Thema Bau der 3. Start- und Landebahn vorgekommen. Es denkt dabei keiner an den Landkreis Erding.

Kreisrat Els merkt an, in der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans sei aufgeführt, der Bau der 3. Start- und Landebahn sei notwendig, weil sich die Metropolregion so entwickelt habe. Es besteht die Gefahr, dass mit dieser Metropolregion alle Verkehrseinrichtungen im Landkreis Erding begründet werden und die anderen Landkreise die „Sonnenseite“ abbekommen. Es sei abzuwägen, wenn der Landkreis Geld investiert, was er dafür bekommen soll. Die Gemeinden haben bisher keine entsprechende Anfrage bekommen.

Der Vorsitzende ergänzt, diese Initiative sei am 08.02.2007 gestartet worden. Im Schreiben vom 24.05.2007 sei den umliegenden Landkreisen mitgeteilt worden, dass diese Initiative gestartet worden sei und die Landkreise zur Mitarbeit aufgefordert werden. Die Ausgangslage war bereits 1995. Damals seien in Etappen in ganz Deutschland Räume festgelegt worden, die zu Metropolregionen benannt worden sind, z.B. Hamburg, Bremen, Berlin-Brandenburg, Ruhrgebiet, Stuttgart, Frankfurt, Nürnberg, München, usw.

Er denkt, der Landkreis Erding befindet sich von der Geografie in diesem Raum. Das bedeutet aber nicht, dass dafür Geld gezahlt werden muss, um mit dabei zu sein.

Kreisrat Ways sieht das Ganze nicht so pessimistisch. Der Landkreis Erding befindet sich in der großen Metropolregion München und sei auch Nutznießer, z.B. im Bereich Gesundheit, Wirtschaft, Wissenschaft, usw. Er befürchtet, wenn sich der Landkreis dabei nicht beteiligt, dass der Landkreis untergeht. Er denkt, wenn es eine Chance für den Landkreis gibt, sollte diese genutzt werden.

Der Vorsitzende ergänzt, Trittbrettfahrer wird der Landkreis nicht, weil es eine europäische Vorgabe sei, dass der Landkreis Erding sich in dieser Metropolregion befindet. Wenn der Landkreis eine Vermarktung in dieser europäischen Metropolregion haben möchte, müsste dafür bezahlt werden. Wenn der Landkreis dafür keine Mittel zur Verfügung stellt, wird der



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Landkreis Erding wohl „mit diesen Segnungen“ nicht bedacht werden. Er weiß aber nicht, ob es nur „Segnungen“ sind. Er zeigt sich dabei etwas skeptisch, was für den Raum nördlich von München übrig bleibt. Unstrittig wird sein, der Fremdenverkehrsbereich wird im Süden Bayerns und der Hochschulstandort mit Medizin, usw. wird im Raum München direkt sein. Für den Norden bleibt dann, so sei es auch schon tituliert worden, das Verkehrsdrehkreuz mit dem Flughafen, denn alle Metropolregionen haben einen Flughafen in der unmittelbaren Umgebung.

Er denkt, alles was dem Flughafenausbau nicht dienlich sei, sei störend und nur der Flughafenausbau und die Erweiterung des Verkehrsdrehkreuzes seien günstig für diese Metropolregion. Das sei ein eindeutiger Interessenskonflikt gegenüber der Situation des Landkreises Erding. Deswegen sollte eine gewisse Skepsis sein.

Kreisrat Becker meint, von „wegducken“ kann keine Rede sein und Chancen kann er nicht erkennen. Die Metropolregion braucht den Landkreis Erding und nicht umgekehrt. Wenn er liest, was geplant sei, sei das ein organisatorisches Monster (Arbeitsgruppen, Lenkungskreis, Sprecherat, Metropolkonferenz, Agentur, Koordinierungskreis) Er fragt, ob sich jemand vorstellen kann, was dabei herauskommen soll.

Er hält das Ganze für eine „schlimme Geschichte“. Es seien Wirtschaftsbürokraten am Werk, die der Landkreis mit bezahlen soll. Er verweist auf die Sitzung des Strukturausschusses am 30.04. 2007. Obwohl Ingolstadt auch zur Metropolregion gehört, haben Ingolstadt, Pfaffenhofen und Eichstätt eine eigene Gruppierung gebildet. Darauf müsse sich auch der Landkreis Erding konzentrieren und nicht auf bürokratische Veranstalter.

Der Landkreis Erding möchte sich nicht vorschreiben lassen, wie er sich entwickeln soll. Der Landkreis möchte sich selbst entwickeln. Wenn es z.B. um Firmenansiedlungen geht, muss die Firma entsprechende Leute mitbringen, weil es keine freien Arbeitskräfte im Landkreis gibt.

Kreisrat Knur stimmt dem zu. Der Landkreis sei kein Trittbrettfahrer, sondern umgekehrt. Die Metropolregion München hätte sich nicht entwickeln können, wenn nicht das Umland dazu beigetragen hätte. Es habe eine Stadtfucht gegeben, weil in München das Leben nicht mehr erschwinglich war. Die Unternehmen in der Stadt München könnten fast alle zusperrern, wenn nicht die Gemeinden und Landkreise um die Stadt München Aufgaben wahrgenommen hätten, die von der Stadt hätten getätigt werden müssen.

Er kommt sich eher vor wie auf der „Schwäb`schen Eisenbahn“. Er denkt, der Landkreis habe eher die Funktion des Auspuffs und weniger die Funktion der Sonnenseite. Er möchte auch dem Eindruck entgegentreten, dass sich der Landkreis Chancen vergibt, wenn er hier nicht mitmacht. Es gibt die Institutionen, die nach dem Gesetz für die Wahrnehmung der regionalen landesplanerischen Interessen maßgebend seien. Die Gremien, die für die Metropolregion genannt sind, gehören dazu nicht. Der Landkreis müsse weiterhin im Regionalen Planungsverband mitarbeiten, aber nicht in einem Gremium, wo der Landkreis eindeutig von den Dampfwalzen, von denen es genügend gibt, überrollt wird.



LANDKREIS
ERDING

Kreisrat Wiesmaier möchte das Bild noch mehr verstärken. Diese Metropolregion sucht den Landkreis als schmückendes Beiwerk. Im Landesentwicklungsprogramm seien viele Gemeinden des Landkreises Erding als „ländlicher Teilraum im Umfeld von großen Verdichtungsräumen“ definiert. Die Entwicklungsmöglichkeit sei deshalb sehr bescheiden.

Diese Einstufung passt nicht zusammen. Diese ländlichen Teilräume und Einstufungen seien dafür nicht ausgerichtet. Der Landkreis Erding muss seine „Stärken stärken“ und nicht der Metropolregion dazu verhelfen, die Tore für die Verkehrsinfrastruktur aufzumachen. Er zeigt sich demgegenüber sehr skeptisch.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Steinberger stellt fest, aus dem Landkreis Erding kann keiner vertrieben werden. Er denkt, wenn sich der Landkreis nicht beteiligt, sei er Trittbrettfahrer bei den Erfolgen. Die Erfolge der Region bestimmen aber die Kommunalpolitiker im Umland des Flughafens und in den Gemeinden. Es sei deutlich gesagt worden, nicht das Umland sei der Speckgürtel, sondern die Landeshauptstadt München. Er möchte feststellen, die Kommunalpolitiker seien für die Entwicklung des Landkreises verantwortlich. Letztendlich muss auch deutlich gesagt werden, die Planung, Entwicklung, Verantwortlichkeit muss im Landkreis bleiben. Es wäre eine Auflistung interessant, wohin der Landkreis überall Mittel zur Verfügung stellt. Er fragt, wo die Gegenleistung sei. Die Bürger erwarten das vom Landkreis. Er denkt, es sollte nicht wieder ein neues Gremium kommen. Er denkt, in den Bereichen, wo der Landkreis bereits mitwirkt, werde sehr viel für den Landkreis getan. Der Landkreis braucht nicht „Tandem“, aber auch nicht Trittbrett fahren.

Kreisrat Ways merkt an, er sei trotzdem der Meinung, dass das Umland Nutznießer sei. Der Landkreis Erding habe von der Metropolregion schon Vorteile. Er denkt, es sei wichtig, das Ganze zu diskutieren. Er denkt, wenn der Landkreis einen Nutzen darin sieht, werde er sich auch nicht ausschließen können.

Der Vorsitzende verliest, was z.B. in den Arbeitsgruppen/Handlungsfelder „Wissen“, „Wirtschaft“, „Umwelt, Gesundheit“, „Mobilität“ geplant sei: Zum Beispiel sei genannt: Auftritt auf der CeBIT 2008 (Beteiligung für die Metropolregion München auf dem Bayern-Stand auf der CeBIT 2008); Auftritt auf der Expo Real (gemeinsame Präsentation der Metropolregion mit den Partnerständen Landeshauptstadt München, Augsburg und Gemeinschaftsstand GMA auf der Internationalen führenden Gewerbeimmobilienmesse Expo Real 2008).

Er denkt es sei wichtig, gemeinsame Interessenlagen zu haben, z.B. bezüglich der Verkehrsinfrastruktur auf Straße und Schiene. Das müsse aber nicht in einem Beitrag für eine Agentur vorangetrieben werden. Diese Abstimmung läuft bereits in verschiedenen Gremien auf Verwaltungsebene, z.B. im Regionalen Planungsverband, der ein staatlich anerkanntes Gremium sei, und Entscheidungsgewalt unter Einbindung der Kommunen genau diese Themenfelder bearbeitet.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er sagt, diese Messen (z.B. GTM in Berlin) werden sehr ernst genommen. Er berichtet, die Erfolgsregion Erding – Freising mit dem Flughafen hatte einen deutlich größeren Stand als die Landeshauptstadt München. Er denkt, dass damit Begehrlichkeiten entstehen und die Metropolregion versucht, das Potential zu nutzen und Konkurrenz auszuschalten. Die Frage stellt sich, ob der Landkreis das so möchte oder gemeinsam mit Freising und dem Flughafen die Eigenständigkeit deutlich hervorheben möchte. Er tendiert dazu, das Geld lieber in die Eigeninitiative zu stecken. Bei der Einstufung im LEP wird der Landkreis auch künftig in der jeweiligen Kategorie bleiben. Der Landkreis bleibt bei der landesplanerischen Beurteilung in vielen Bereichen bei den Gemeinden „ländlicher Teilraum im Umland der großen Verdichtungsräume“. In welcher Form die großen Verdichtungsräume dann den Landkreis Erding berücksichtigen, kann sich nicht darin bemessen, ob der Landkreis bei der Agentur Beitragszahler sei.

Alle Gemeinden haben sich bei dem Informationssystem Bayern, wo die Gewerbeimmobilien bereits vernetzt seien, usw. beteiligt.

Kreisrat Wiesmaier meint, es stellt sich die Frage, wollen die Bürger des Landkreises in einer Metropolregion oder in einem ländlichen intakten Teilraum leben, der eine Erfolgsregion ist. Er denkt, die Bürger werden sich für das zweite entscheiden.

Wenn der Landkreis Erding das Gleiche wie München anstreben möchte, wird der Landkreis immer an zweiter Stelle sein. Es zeigt sich, dass aus der Eigenständigkeit heraus ein eigenes Image aufgebaut werden kann. Er denkt, wenn sich der Landkreis Erding in diese Metropolregion eingliedert, dass er sich unter vielen wieder findet.

Er möchte aber auch sagen, dass der Landkreis im Verteilungskampf mit dem Bezeichnungen „Metropolregion“, „ländlicher Raum“, „Teilräume“ usw. aufpassen muss, nicht 2. Sieger zu werden. Er denkt, das Ganze wird so gemacht, um Bundesmittel, Landesmittel, EU-Mittel usw. zu bekommen. Es stellt sich dann schon die Frage, inwieweit der ländliche Raum von diesen Fördertöpfen dann bekommen wird. Es besteht die Gefahr, dass Dinge versäumt werden, für die es eine Förderung hätte geben können.

Er denkt, der Landkreis sollte sich aber nicht in diesen Brei Metropolregion untermischen lassen.

Der Vorsitzende sagt, die Frage sei, ob der Landkreis bei dieser Agentur mitzahlen soll oder nicht. Der Ministerrat habe seit 1995 in Etappen insgesamt diese 11 Räume in der Bundesrepublik Deutschland festgelegt. Der Landkreis sei dabei.

Kreisrat Becker merkt an, Kreisrat Knur habe gesagt, für die Verteilung der Zuschüsse seien andere Institutionen zuständig. Es kann nicht sein, wenn der Landkreis an diese Agentur keinen Beitrag bezahlt, dass er deswegen von Zuschüssen ausgeschlossen wird. Wenn er in der versandten Vorlage Anlage 3, Seite 3, liest, dass vorgesehen sei, dass sich die Metropolregion München mit den Partnerständen Landeshauptstadt München, Augsburg und Gemeinschaftsstand GMA auf der international füh-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

renden Gewerbeimmobilienmesse Expo Real 2008 präsentieren möchte, stellt er fest, dass schon in Vorbereitung sei, dass auch die Region Erding-Freising auf der Expo Real vertreten sein wird. Das zeigt, dass unsere Region eigentlich nur eine Ersatzradfunktion spielt.

Kreisrat Gotz meint, die Dimension wird nicht bewusst. Es sei jetzt schon festzustellen, dass der Umgriff immer größer und der Eingriff immer weniger wird. Im Stadtrat Erding werde z.B. über die Einzelhandelsentwicklung, über innenstadtrelevante Waren, usw. beratschlagt. Gleichzeitig werde über einen 20.000 qm großen völlig neuen Bereich, 7 km vor den Toren der Stadt Erding diskutiert und die Diskussion völlig torpediert. Es wird das Ganze mit dem Metropolgefüge noch ein Stück schwieriger werden.

Er möchte darauf hinweisen, dass es schon Wert sei, ganz genau darüber nachzudenken, um nicht Gefahr zu laufen, ein Stück anonym zu werden und Einfluss zu verlieren.

Der Vorsitzende schlägt vor, bei der nächsten Bürgermeister-Dienstbesprechung das Thema zu beraten. Er sichert zu, entsprechende Informationen fortzuschreiben.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

2. Regionalbusverkehr **Fahrplanwünsche zum Fahrplanwechsel im Dezember 2007** **Vorlage: 2007/0211**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Mersdorf vom MVV.

Vorweg gibt der Vorsitzende den Hinweis, in der letzten Sitzung des Strukturausschusses sei bezüglich der Rückfahrt vom Frank-Marc-Gymnasium und der Lena-Christ-Realschule in Markt Schwaben die Empfehlung ausgesprochen worden, das Ganze möglichst schon zum Schuljahresbeginn 2007/2008 umzusetzen. Daraufhin habe Herr Gutt nochmals bei den beiden Schulen nachgefragt, ob im nächsten Stundenplan die Schulschlusszeiten auf 15.30 Uhr festgelegt werden.

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben vom Schulleiter des Frank-Marc-Gymnasiums: „.... Das Frank-Marc-Gymnasium plant in Zukunft den verpflichtenden Nachmittagsunterricht so zu organisieren, dass er immer um 15.30 Uhr endet. Insofern würden wir uns sehr freuen, wenn die Schüler aus Finsing eine Möglichkeit bekämen, unmittelbar nach Unterrichtschluss nach Hause zu fahren. Was die vorgesehene Abfahrtszeit angeht, würden wir es begrüßen, wenn die Zeit noch zwei bis drei Minuten hinausgeschoben werden könnte. Fünf Minuten vom Unterrichtschluss bis zur Busabfahrt sind nach unserer Erfahrung sehr knapp.“

Der Vorsitzende fragt Herrn Mersdorf, ob diese Abfahrtszeit so gelegt werden könnte.



Herr Mersdorf antwortet, die Abfahrtszeit könnte passend so festgelegt werden.

Der Vorsitzende erklärt weiter, die Schulleiterin der Lena-Christ-Realschule habe mitgeteilt, dass sie den Schulschluss mit dem Pflicht- oder Wahlunterricht auf 15.00 Uhr festlegen möchte. Diese Schüler müssen dann eine halbe Stunde bis zur Abfahrt des Busses warten.

Er denkt, wenn die Schulen einheitlich um 15.00 Uhr Schulschluss haben, sollte noch geklärt werden, ob die Fahrt um 14.36 Uhr dann gerechtfertigt sei.

Herr Mersdorf merkt an, für die Schüler mit Schulschluss ab der 7. Stunde um 14.10 Uhr wäre die Busabfahrtszeit um 14.36 Uhr die richtige Zeitlage.

Der Vorsitzende fragt, ob die Ausschussmitglieder eine Abstimmung über die einzelnen Linien oder eine Gesamtabstimmung wünschen.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich für eine Gesamtabstimmung aus.

Der Vorsitzende merkt noch an, es sei mehrmals die Rückfahrt nach dem Schulschluss um 16.15 Uhr ab dem Gymnasium Erding II angesprochen worden, weil die Weiterfahrt dann ab der Haltestelle Bahnhof erst um 17.15 Uhr möglich sei. Er merkt an, um 16.15 Uhr sei Unterrichtsschluss, dazu kommt der Weg (ca. 15 Minuten) bis zum Krankenhaus. Die Wartezeit für die Schüler beträgt ca. eine dreiviertel Stunde. Das sei zwar eine lange Wartezeit. Von Seiten der Schulleitung war aber die Auskunft, dass nur noch wenige Schüler max. einmal pro Woche diese Fahrt in Anspruch nehmen müssen. Zudem möchte die Schulleitung versuchen, den Schulschluss auf 15.30 Uhr festzulegen.

Kreisrätin Stieglmeier merkt an, die Abfahrtszeit um 16.15 Uhr am Gymnasium II betrifft besonders die Linie 501 Richtung Wartenberg. Es sei dabei zu bedenken, dass diese betroffenen Schüler dann 10 Stunden Unterricht gehabt haben und noch Hausaufgaben machen müssen.

Ein großes Anliegen der Eltern sei, die Abfahrtszeit der Linie 501, die jetzt um 16.02 Uhr vom Krankenhaus abfährt, auf 16.20 Uhr zu verschieben, damit die Schüler den Bus noch rechtzeitig erreichen können und nicht bis zur Abfahrt um 17.14 Uhr (ab Bahnhof) warten müssen.

Kreisrätin Stieglmeier meint, die anderen Linien seien davon nicht so betroffen.

Der Vorsitzende denkt, die Fahrt um 16.02 Uhr sei aber unbedingt notwendig, da der Bus im Umlauf sei. Es wäre dann eine zusätzliche Fahrt um ca. 16.30 Uhr notwendig. Es wären dabei die Linien 501, 502, 561, 564 und 568 betroffen, die zur gleichen Zeit abfahren. Er bittet um Verständnis, dass bisher die einheitliche Praxis mit bis zu einer Stunde Wartezeit, was gängige Rechtsprechung sei, so beibehalten wird. Der Landkreis bietet dabei sehr viel mehr als der Gesetzgeber vorschreibt. Wenn der Schulleiter signalisiert, er wird die Hauptunterrichtszeit auf 15.30 Uhr



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

legen und relativ selten Schüler diese zusätzliche Fahrt in Anspruch nehmen müssten, stellt sich Frage, ob der Landkreis nur für den Bereich ungefähr 100.000 € aufwenden sollte.

Kreisrat Becker meint, wenn die Regelschulschlusszeit auf 15.30 Uhr festgelegt wird und darüber hinaus nur noch Wahlunterricht stattfindet, sollte die Frage erlaubt sein, ob dann überhaupt noch Wahlunterricht stattfinden sollte. Er denkt, die Schüler sollten froh sein, dass überhaupt zu dieser Zeit ein Bus fährt. Er schlägt vor, die künftige Situation an den Schulen zum Schuljahresbeginn mit den neuen Stundenplänen abzuwarten. Es sollte dann geprüft werden, wie viele Schüler an welchen Tagen den Bus nicht erreichen. Er denkt, der einheitliche Schulschluss um 15.30 Uhr sei schon ein großer Fortschritt.

Der Vorsitzende ergänzt, bei einer Änderung seien oft die Anschlussbeziehungen zur S-Bahn usw. nicht mehr möglich. Es würde z.B. bedeuten, wenn eine Abfahrt um 16.38 Uhr eingerichtet würde, dass am Bahnhof dann die früheste Abfahrt um 16.53 Uhr möglich wäre. Bis 17.14 Uhr, der nächsten planmäßigen Abfahrt, wären es nur ca. 20 Minuten, die gespart würden und dafür müsste der Landkreis ca. 100.000 € aufbringen und das für wenige Schüler.

Kreisrätin Stieglmeier merkt an, das habe sie nicht gewusst. Das einzige wäre, die davon betroffenen Linien mit einem gemeinsamen Bus zu bedienen.

Der Vorsitzende warnt davor und berichtet von anderen Schulverbänden im Grundschulbereich, wo eine ähnliche Einrichtung nicht funktioniert habe. Zum Schluss haben die Kinder oft eine Stunde im Bus gesessen, weil der Bus ein so großes Gebiet abfahren musste. Die Wartezeit habe sich reduziert, aber die Fahrzeit vervielfacht sich meistens. Dazu kommt, dass der Bus fast jeden Tag eine andere Route fahren müsste, weil die Schüler vielleicht aus einer anderen Gemeinde kommen, usw.

Herr Mersdorf merkt zu Nr. 1, Linie 512, an, es war der Einzelwunsch von zwei Mitarbeitern der LSG, die Fahrten besser an den Arbeitsbeginn und an das Arbeitsende anzupassen.

Er erklärt, die bisherigen Fahrten haben sich von den Besetzungszahlen her (12 bis 16 Fahrgäste) gut entwickelt. Das Verkehrsunternehmen habe die Fahrgäste befragt, ob sie eine Fahrtverschiebung akzeptieren würden. Dies war überwiegend nicht der Fall gewesen. Um dem Wunsch gerecht werden zu können, müsste ein zusätzlicher Bus mit Kosten von ca. 100.000 € für beide Fahrten eingesetzt werden.

Es sei zudem die FMG um Stellungnahme gebeten worden. Die Rückmeldung war unverbindlich. Es habe keine Information über Arbeitszeiten gegeben.

Er schlägt vor, diesen Einzelwunsch nicht zu realisieren.

Der Vorsitzende denkt, entscheidend sei, dass dieser Fahrplan mit der FMG abgestimmt worden sei. Bei weitergehenden Wünschen müsste die FMG das mitteilen und dafür auch die Mittel zur Verfügung stellen.



Kreisrat Lackner merkt an, der Fahrplan läuft derzeit hervorragend und wird von den Schichtarbeitern gut angenommen. Er spricht sich strikt gegen eine Änderung aus. Auch würde er einer zusätzlichen Linie nur zustimmen, wenn sich in dem Bereich nichts ändern würde. Er plädiert dafür, dass die geltenden Fahrtzeiten so beibehalten werden.

Herr Mersdorf erklärt zu Nr. 2, Linie 512, auch hier sei es ein Einzelwunsch, in den Tagesrandlagen (früh ab 4.33 Uhr, von Montag bis Freitag und am Abend nach 20 Uhr an allen Tagen) den Linienweg zu ändern und über Aufkirchen – Notzing – Oberding – Niederding – Schwaig zu fahren. Auf Rückfrage mit dem Verkehrsunternehmer wäre das darstellbar. Die Fahrt würde zwar etwas länger dauern, es müsste aber kein zusätzliches Fahrzeug eingesetzt werden. Die Kosten dafür wären ca. 7.000 €/Jahr.

Kreisrat Lackner merkt an, der Gemeinderat habe ein positives Signal gegeben und würde die Kosten übernehmen. Die Gemeinderäte halten es für eine Verbesserung, wenn alle Ortsteile bedient würden. In den nächsten Wochen wird eine Entscheidung im Gemeinderat sein.

Kreisrat Knur fragt, ob das Risiko durch die Fahrtzeitverlängerung besteht, dass andere Fahrgäste dabei verloren gehen.

Der Vorsitzende merkt an, das sei ein innergemeindlicher Verkehr. Dabei werde den Wünschen entsprochen, wenn sich die Gemeinden zur Kostenübernahme bereit erklären.

Herr Mersdorf ergänzt, es wird vom Verkehrsunternehmer vorgeschlagen an allen Werktagen, auch an schulfreien Tagen, über die Sigwolfstraße zu fahren. Das hätte nur den Nachteil, dass Fahrgäste, die vom Flughafen zur Anton-Bruckner-Straße wollen, $\frac{1}{4}$ Stunde länger fahren müssten.

Herr Mersdorf meint, der Vorteil wäre die Einheitlichkeit der Wegeführung.

Kreisrat Lackner wünscht, dies noch genauer zu prüfen. Er meint, je einfacher der Fahrplan sei, desto besser werde er von den Fahrgästen angenommen. Eine Viertelstunde länger zu fahren, wäre oft schon ein Nachteil. Er denkt, bei einer Linie, die so gut angenommen worden ist, möchte er wenig verändern.

Der Vorsitzende merkt an, mit viel Aufwand sei versucht worden, ein deutlich verbessertes Angebot herbeizuführen. Die Bürger nehmen das Angebot auch an und nutzen es. Dieser Vorschlag sollte nochmals geprüft werden.

Herr Gutt erklärt zu Nr. 3, Linie 531, ein Einzelwunsch sei, zusätzlich am Nachmittag (vermutlich Fahrt ab Erding um 16.20 Uhr) über das Hintere Finsingermoos für Schüler zu fahren. Das Problem dabei wäre, dass dann der Bus mit hoher Wahrscheinlichkeit den Anschluss an die S-8 versäumen würde.

Der Vorschlag der Verwaltung sei, nachdem es ein Einzelwunsch sei, diese Fahrt nicht einzurichten.

Zu Nr. 4, Linie 531, erklärt Herr Gutt, (Einzelwunsch), der Bus, der um 9.39 Uhr in Ismaning ankommt, habe einen relativ schlechten Anschluss



zur S 8 (17 Minuten). Die Fahrzeit des Busses könnte durchaus verschoben werden. Er erklärt, in Ismaning seien an der Max-von-Eyth-Straße mit relativ viel Aufwand Umsteigebeziehungen in Richtung der Institute in Garching gebastelt worden, die laut Unternehmen relativ gut angenommen werden. Diese Umsteigebeziehungen würden dann wieder wegfallen. Deshalb sollte dieser Einzelwunsch nicht realisiert werden.

Kreisrat Ways denkt, es wäre wichtig zu wissen, ob nur eine Einzelperson dort umsteigen möchte oder es mehrere Personen gibt.

Büro des Landrats
BL

Herr Gutt merkt an, diese Umsteigebeziehungen werden auf Anfrage rege genutzt.

Zu Nr. 5, Linie 561, merkt er an, wie fast jedes Jahr sei der Wunsch vom Vorstand des VCD, dass eine zusätzliche Abendfahrt eingeführt werden soll. Nachdem aber die Linie 561 erst vor nicht allzu langer Zeit neu strukturiert worden ist, wird vorgeschlagen, momentan keine Änderung vorzunehmen.

Herr Mersdorf ergänzt, dass hier auch ein Gerichtsverfahren wegen der Konzession noch im Laufen sei.

Dem stimmt **der Vorsitzende** zu.

Kreisrat Gotz fragt, nachdem es ein Einzelwunsch sei, ob sich die Gemeinde Bockhorn wegen der Kostenübernahme geäußert habe. Er denkt, wenn die zuständige Gemeinde nicht die Kosten dafür übernehmen würde, bräuchten solche Anträge gar nicht vorgelegt werden.

Herr Gutt antwortet, auf Nachfrage sei eine Kostenübernahme von der Gemeinde nicht zugesichert worden. Er habe alle gesammelten Wünsche dem Strukturausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Mersdorf erklärt zu Nr. 6, Linie 564, es wird beantragt, die Abfahrtszeit des Busses ab Dorfen etwa um 2 Minuten früher zu legen, um den Zuganschluss um 6.59 Uhr sicherer erreichen zu können.

Herr Mersdorf merkt an, eine so kurze Zeit sei machbar.

Zu Nr. 8, Linie 569, merkt er an, es sei beantragt worden, die Mittagsfahrt ab dem Kreiskrankenhaus zurück auf die zuletzt gültige Fahrzeit (10 Minuten früher) zu legen.

Herr Mersdorf erklärt, die jetzt gültige Abfahrtszeit sollte beibehalten werden, weil zum Jahresfahrplanwechsel 2007 diese Mittagsfahrt aufgrund verschiedener Anträge von Umsteigern der Linie 511 von Freising auf später verlegt worden sei.

Zu Nr. 9, Linie 569, sei beantragt worden (Einzelwunsch), die Fahrt von Niederding am Mittag nicht mehr durch die Linie 569 zu bedienen.

Herr Mersdorf erklärt, das sei nicht möglich, weil damit Umsteigebeziehungen aus Richtung Freising entfallen würden.

Zu Nr. 10, (betrifft alle Linien), sei beantragt worden, zusätzliche Busse am Nachmittag für die Erdinger Schulen fahren zu lassen.



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende fragt Herrn Gutt, wie viele Busse zusätzliche im Beförderungsjahr für die Schulen eingesetzt worden sind und wie viele Kosten diese zusätzlich verursachen.

Herr Gutt antwortet, auf der Linie 531 Richtung Eichenried und der Linie 501 aus Richtung Wartenberg/Berglern seien aufgrund der Beförderungseingänge zusätzliche Verstärkerbusse eingesetzt worden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 20.000 €/Jahr.

Zu Nr. 11 „Bushaltestelle in Esterndorf“ erklärt Herr Gutt, es war ein Einzelwunsch, eine Haltestelle einzurichten. Er erklärt, die nächstgelegenen Haltestellen seien für die Linie 564/565 in Unterseebach ca. 3 km, für die Linie 565 in Niedergeislbach ca. 2 km und Linie 566 in Kopsburg ca. 2,5 km entfernt. Er erklärt, durch die Linie 565 wird Niedergeislbach regelmäßig bedient, die Linie 566 Kopsburg sei eine Schülerlinie, die einmal am Morgen und einmal am Mittag verkehrt und kaum genutzt werden kann. Die Linie 564 Unterseebach sei die Hauptlinie und kann nicht umgeleitet werden. Das Fahrzeug sei ein Großbus und fährt aus Richtung Dorfen auf der Staatsstraße.

Sollte dem Wunsch mit der Linie 565 im Rufbusbetrieb näher getreten werden ergibt sich das Problem, weil nicht bekannt sei, ob und wie oft diese Haltestelle genutzt werden wird.

Kreisrat Sterr fragt, wie der Ort Niedergeislbach bedient wird.

Herr Gutt antwortet, die Linie 565 (Rufbus) fährt über Niedergeislbach und muss den Anschluss in Untermailling auf den Großbus der Linie 564 schaffen.

Der Vorsitzende denkt, die Einrichtung dieser Haltestelle wäre eine Erweiterung des Versorgungsgebietes. Wenn es von den Voraussetzungen her zu schaffen wäre, müsste mit der Stadt Dorfen wegen einer Kostenerstattung Kontakt aufgenommen werden.

Herr Mersdorf merkt an, dieser Vorschlag sei rein theoretisch. Jeder zusätzliche Weg kostet Zeit. Auch in der Planung müsse von einer gewissen Häufigkeit der Nachfrage ausgegangen werden. Er hätte Bedenken, wenn hier zusätzliche Wege angeboten würden. Es könnte sein, dass jede Fahrt nachgefragt würde, dann gäbe es ein zeitliches Problem.

Der Vorsitzende stellt fest, dass in der Vorlage nicht aufgeführt worden sei, in welche Richtung der Bus überhaupt fahren sollte. Er möchte wissen, ob bei dem Anrufer nachgefragt werden kann, wie genau der Wunsch lautet. Er denkt, wenn es um Fahrplanwünsche geht, sollte nicht nur der Anruf entgegengenommen, sondern genau gefragt werden, was gewünscht wird und auch für eventuelle Nachfragen auch die Telefonnummer aufgenommen werden. Er wünscht, dass auch die Mitarbeiter bei Fahrplanwünschen dahingehend sensibilisiert werden, genauer nachzufragen.

Herr Gutt merkt an, auf der Rückseite der Vorlage seien die Wünsche aufgelistet, die nicht umgesetzt werden können.



Kreisrat Knur merkt an, der Ausschuss befasst sich mit einer Reihe von Vorschlägen. Er schlägt vor, die Vorgehensweise so einzurichten, dass diese Einzelwünsche, bevor sich der Strukturausschuss damit beschäftigt, den Gemeinden vorgelegt werden, damit sie ihre Stellungnahme auch zur finanziellen Beteiligung abgeben können. Eine Entscheidung wäre dann viel einfacher.

Herr Gutt merkt an, es werden die Gemeinden bereits im Schreiben, in dem sie zur Abgabe von Wünschen aufgefordert werden, gebeten, zu den Wünschen eine Stellungnahme abzugeben und eine Aussage zur Kostenübernahme zu treffen.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende meint, wenn ein Fahrplanwunsch eingereicht wird, sollte, bevor sich der Ausschuss damit beschäftigt, mit der Gemeinde abgeklärt werden, ob die Gemeinde bereit sei, die Kosten zu übernehmen. So hätte z.B. bei den Bemerkungen zur Linie 561 die Anmerkung sein können, "die Gemeinde Bockhorn lehnt eine finanzielle Beteiligung ab".

Der Vorsitzende weist darauf hin, nachdem der Versuch der ALT-Verkehre weiter fortgesetzt wird, sei zusätzlich die Vertragsverlängerung zu beschließen.

Er formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

StA/0060-08

1. Von den Empfehlungen des MVV werden die lfd. Nr. 1 bis 6, 8, 9 und 11 ohne Änderungen angenommen.
Nr. 10 (zusätzliche Busse am Nachmittag auf allen Linien) wird nicht umgesetzt.

Bei Nr. 7, Linie 568, wird die zusätzliche Fahrt um ca. 15.30 Uhr ab Markt Schwaben bereits zum Schuljahresbeginn 2007/2008 umgesetzt.

2. Die Verträge für die bestehenden ALT-Verkehre werden in ihrer Laufzeit entsprechend den neu abzuschließenden Verträgen für die zusätzlichen ALT-Verkehre (siehe Beschluss vom 18.06.2007) verlängert.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen.**

3. Bekanntgaben und Anfragen

3.1 Nachbarschaftsbeirat - Umlandfond

Der Vorsitzende ergänzt, in der Sitzung des Strukturausschusses am 18.06.2007 seien bereits die Maßnahmen und Stellungnahmen bekanntgegeben worden, die im Arbeitsausschuss des Nachbarschaftsbeirats bezüglich Umlandfond förderfähig wären. Frau Lichtenstern vom Straßenbauamt habe sich intensiv mit dem Thema befasst. Er denkt, es sollten ergänzend dazu die einzelnen Maßnahmen noch priorisiert und nach der Dringlichkeit festgelegt werden. Bei einer Umsetzung werde nicht komplett eine entsprechende Summe zur Verfügung gestellt werden. Er bittet generell um die Zustimmung, dass das Straßenbauamt dazu Vorschläge erarbeiten sollte. Das Ganze sollte detailliert aufgelistet werden, um auch zu

wissen, wie viele Mittel überhaupt notwendig wären, um diese Maßnahmen umsetzen zu können.

Er bittet, einen Vorschlag im Detail vom Straßenbauamt erarbeiten zu lassen und im Strukturausschuss dann darüber zu beraten.

Kreisrat Wiesmaier möchte den derzeitigen Stand wissen, nachdem inzwischen der Nachbarschaftsbeirat getagt habe. Sei der Umlandfond eine einmalige Abgabe oder eine dauerhafte Förderung.

Der Vorsitzende erklärt, es war ein Antrag der CSU-Fraktion, dass der Landkreis den Umweltfond fordert. Der entsprechende Beschluss sei gefasst worden. Damals seien drei Bedingungen im Nachbarschaftsbeirat gestellt worden. Es sei festgelegt worden, im Nachbarschaftsbeirat nicht mehr über die verschiedenen Varianten der 3. Start- und Landebahn zu reden, weil dies nicht die Aufgabe des Nachbarschaftsbeirates sei, wo die 3. Start- und Landebahn hinkommen soll. Weiter sei festgelegt worden, ob es nicht eine Möglichkeit für den Umlandfond gibt, ohne den Bau der 3. Start- und Landebahn. Die FMG habe sich davon nicht überzeugen lassen. Zudem sei im Nachbarschaftsbeirat festgelegt worden, „wir wollen einen Umlandfond“. Dabei war die Forderung, passagierbezogen einen Umlandfond zu verlangen. Als Verwendungszweck sei überlegt worden, den Umlandfond für die flughafenbedingte Infrastruktur zu verwenden.

Der Landkreis Erding fordert aber nahezu überwiegend Straßenprojekte. Er meint, dabei sollte es keine Vermischung mit den bereits festgesetzten notwendigen Infrastrukturmaßnahmen „Schiene“ geben. Er denkt, Maßnahmen die andere Träger leisten müssen, können nicht mit aus diesem Finanzierungstopf gespeist werden. Ein „S-Bahn-Ringschluss“, eine „Walpertskirchner Spange“, eine „Neufahrner Gegenkurve“ haben mit dem Umlandfond nichts zu tun und dürfen auch nichts zu tun haben.

Auch Maßnahmen, die sowieso gefördert werden, z.B. auf Landkreisebene ein Krankenhaus, Förderungsplan, usw., dürfen damit nichts zu tun haben.

Über die Ausgestaltung des Umland-Euros seien sich alle Beteiligten noch nicht einig. Dabei wird immer mehr klar, dass den Umlandfond die FMG bezahlen muss. Die FMG wird ab 2008 einen Haushaltstitel für diesen Umlandfond schaffen. Klar sei dabei auch, dass die FMG noch Überlegungen hat, wie viel von dem Topf für Einzelmaßnahmen zur Verfügung stehen müsste, um Härten (auch für private Interessen, Absiedlungsangebote, usw.) auszugleichen. Darüber seien sich die Beteiligten aber noch nicht einig. Er sei der Meinung, dass die FMG diese Maßnahmen aus einem anderen Topf finanzieren müsse. Er denkt, der Landkreis dürfe sich für Maßnahmen, die nicht vom Landkreis verursacht worden sind, seinen Anteil für private Sonderregelungen nicht anrechnen lassen. Eine Ausnahme wäre, wenn so viel Geld zur Verfügung gestellt würde, dass nicht genügend Projekte dafür vorhanden wären.

Für die weitere Vorgehensweise schlägt er vor, dass sich der Strukturausschuss künftig mit der Priorität der Maßnahmen auseinandersetzt, weil auch überlegt werden muss, wie das Ganze zur Auszahlung kommen soll.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er möchte sich gerne vorweg mit den hauptsächlich betroffenen Bürgermeistern, die Sitz und Stimme im Nachbarschaftsbeirat haben, treffen und bezüglich der Prioritätenliste besprechen, weil diese Gemeinden auch die Hauptlasten zu tragen haben.

Kreisrat Wiesmaier zeigt sich dafür dankbar. Die kommunale Betroffenheit sei schon größer.

Der Vorsitzende sagt deutlich, er habe sich klar positioniert, dass er nicht über andere Projekte im Landkreis Freising mitreden möchte. Diese Projekte kennt er zu wenig und deshalb möchte er auch nicht darüber entscheiden. Aber umgekehrt möchte er genauso wenig, dass die anderen über die Priorität der Projekte im Landkreis Erding mehrheitlich abstimmen. Er hofft, dazu auch die Unterstützung der Ausschussmitglieder zu haben.

Kreisrat Steinberger möchte, dass auch die Bundes- und Landtagsabgeordneten hier eingebunden werden.

Der Vorsitzende betont, er möchte, dass sich Bund und Land hier nicht einmischen. Umgekehrt sollten aber die Maßnahmen, die der Bund zu erledigen hat, auch gemacht werden. Dafür sei der Umland-Euro nicht zuständig.

Kreisrat Ways fragt, wer die Kriterien für die Aufnahme im Nachbarschaftsbeirat festgelegt habe. Die Gemeinde Moosinning sei z.B. auch betroffen und nicht im Nachbarschaftsbeirat vertreten.

Der Vorsitzende antwortet, die Kriterien seien von der Fluglärmkommission festgelegt worden (klare Abgrenzung durch die Lärmbetroffenheit).

Das Ganze habe sich bei den Gesprächen in Bezug der Auswirkungen der 3. Start- und Landebahn fortgesetzt. Es seien die direkt betroffenen Gemeinden dabei.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben beendet der Vorsitzende die Sitzung des Strukturausschusses um 15.40 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte